Zentrale Arbeitsgruppe zur Versorgung psychisch kranker und suchtkranker Menschen in der Stadtgemeinde Bremen

Fachausschuss Allgemeinpsychiatrie

Sitzung am 07.03.2012

Protokoll

Tagesordnung

1. PROTOKOLL DER SITZUNG VOM 07.12.2011 1

2. LANDESPSYCHIATRIEPLAN (LPP) 1

3. ZENTRALE ARBEITSGRUPPE 3

4. BESCHWERDESTELLE 3

5. VERFAHRENSFRAGEN 3

6. VERSCHIEDENES 3

Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Detlef Tintelott (Landesverband Psychiatrieerfahrener e.V.) Gerd Möhlenkamp (Gesundheitsamt Bremen), Jürgen Rohde (Sozialwerk der Freien Christengemeinde), Wolfgang Rust (Arbeiter-Samariter-Bund), Helmut Thiede (Gesellschaft für Ambulante Psychiatrische Dienste Gapsy), Tina Macholdt (Bremer Werkgemeinschaft), Bernd Höppner (Innere Mission), Beate Schwarz (AWO Integra), Gabi Ravenborg (Innere Mission), Hans-Heinrich Löhr, Frau Peltzer (Gesundheitsamt Steuerungsstelle), Lore Büntemeyer (Amt für Soziale Dienste)

1. Protokoll der Sitzung vom 07.12.2011

Verabschiedet.

2. Landespsychiatrieplan (LPP)

Die drei zunächst vorgesehenen Arbeitsgruppen haben inzwischen stattgefunden.

In der Erörterung der Konsequenzen für die fachöffentliche Kommunikation wurden unterschiedliche Erwartungen geäußert.

Somit bleibt es notwendig, dass die bestehenden Fachgremien zeitnah die Protokolle bzw. Zwischenergebnisse der LPP-Arbeitsgremien erhalten, um hierauf reagieren zu können.

Unabhängig davon muss zeitnah entschieden werden, wie das System der Fachgremien in Bremen sich künftig so aufstellt, dass die bekannten Fachgremien durch ihre Arbeit Einfluss auf Gestaltung der Versorgungsstrukturen erhalten;

dass nicht verbundene Doppelstrukturen vermieden werden;

Hinweis von Herrn Thiede auf die Situation in Bremerhaven, wo der kommunale Psychiatriekoordinator auch Koordinator des Gremiensystems ist.

In Bremen wird auf der kommunalen Ebene die Entscheidungsfindung zusätzlich erschwert durch die fehlende Präzision in der Aufgabenabgrenzung von Gesundheitsamt und Ressort.

Zusätzlich erschwert wird eine systematische Versorgungsplanung dadurch, dass die Behandlungszentren sich dem Kommunikationsprozess entziehen.

Als Beispiel für die fehlende Vernetzung wir die Einführung der Zentralbegutachtung für Eingliederungshilfemaßnahmen für psychisch kranke Menschen gesehen:

Entgegen dem Rat aus der Steuerungsstelle, gegen die Bedenken der Behandlungszentren, gegen eine Stellungnahme des Fachausschusses Allgemeinpsychiatrie, allen fachlichen Vorstellungen zum Ausbau regionaler Vernetzung und Verantwortung entgegenstehend, hat das Ressort dieses Vorhaben auf den Weg gebracht.

Herr Rust hält es für einen politischen Skandal, dass den zuständigen Deputierten der Eindruck vermittelt worden ist, dieses Vorhaben sei abgestimmt.

Bezogen auf die Umsetzung anderer Versorgungsformen, insbesondere durch einen deutlichen Abbau vollstationärer Versorgung, kann die Beratungsresistenz des Ressorts zu gravierenden finanziellen Nachteilen sowohl für die Kostenträger wie auch für die betroffenen Menschen führen.

Weiterhin wird beklagt, dass bei der laufenden Umgestaltung der Finanzierungsstrukturen im Bereich der Eingliederungshilfe der Kostenträger durch die Finanzierungsfachleute aus dem Sozialressort, nicht aber durch die Fachleute aus dem Gesundheitsressort präsent sei.

Zustimmung findet der Vorschlag von Frau Macholdt, im Rahmen einer „Zukunftswerkstatt“ in einer offenen Form die Entscheidungsträger der Leistungsträger und der Leistungserbringer in ein konstruktives Gespräch zu bringen.

Die Träger der Wohlfahrtspflege sind bereit, eine entsprechende Initiative zu ergreifen.

Mehrfach wird die Notwendigkeit betont, in eine unmittelbare Kommunikation mit den politisch Verantwortlichen zu kommen.

Zu den Arbeitsgruppen zum Landespsychiatrieplan:

Frau Ravenborg berichtet aus der Arbeitsgruppen zum Thema „Qualität“: Hier seien sehr unterschiedliche Verständnisse entsprechend den institutionellen Hintergründen deutlich geworden. Diese zu einem Gesamtkonstrukt zusammen zu fügen, sei eine anspruchsvolle Aufgabe.

3. Zentrale Arbeitsgruppe

Dieser Punkt wurde nicht gesondert diskutiert, weil er bereits unter dem Tagesordnungspunkt 2. behandelt worden war.

4. Beschwerdestelle

Es gibt mittlerweile offiziell benannte Patientenfürsprecher im Klinikum Bremen-Ost:

Herrn Detlef Tintelott und als Stellvertreter Herr Prof. Dr. Peter Kruckenberg. Eine Zusammenarbeit mit der unabhängigen Patientenberatung ist vorgesehen.

Im Bereich der Wohnheime gibt es seit langer Zeit durch die Heimbeiräte etablierte Möglichkeiten, die teilweise auch gut wahrgenommen werden.

Für den ambulanten Bereich kann das neue Wohn- und Betreuungsgesetz eine Möglichkeit bieten, entsprechende Funktionen zu fordern.

Auf der nächsten Sitzung soll die Initiative ihr (freiwilliges) Modell einer Betroffenenfürsprechers vorstellen.

5. Verfahrensfragen

Herr Löhr informiert darüber, dass bei entsprechender technischer Ausrüstung die Möglichkeit besteht, die als Fax an die Träger gesandten Behandlungspläne direkt als Dateien auf die Rechner zu speichern, also bei entsprechendem Wunsch Papier zu vermeiden.

Unterjährige Veränderungen von Schlüssel und von Hilfebedarfsgruppen werden mit den Änderungsmitteilungen an das Behandlungszentrum, die Steuerungsstelle und das Amt für Soziale Dienst geschickt.

6. Verschiedenes

PsychKG (Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten)

Herr Tintellot informiert, dass eine Veränderung des PsychKG in Vorbereitung ist. Zum Verfahren, insbesondere den Mitwirkungsmöglichkeiten der Fachgremien wird Herr Rust Informationen einholen.

Psychiatrische Betreuung von Menschen mit geistiger Behinderung

Das in der Regionalkonferenz West umfassend behandelte Thema hat, das unterstreichen auch Rückmeldungen aus der Steuerungsstelle, eine für das psychiatrische Versorgungssystem erhebliche Bedeutung und soll daher auf der nächsten Sitzung ausführlich besprochen werden.

Hierzu werden neben den Mitgliedern des Fachausschusses (von denen die Initiative auch im Bereich Versorgung geistig behinderter Menschen tätig ist) auch Vertreter von Trägern aus diesem Versorgungsbereich eingeladen.

Gerontopsychiatrie

Thema der nächsten Sitzung soll ebenfalls sein der Bericht des Gesundheitsamtes über eine vergleichende Untersuchung zwischen gerontopsychiatrischen Einrichtungen und ausgewählten Pflegeeinrichtungen.

In welcher Version der Bericht vorab verschickt wird, wird Herr Rust mit Frau Nawroth klären.

Personalia

Herr Dr. Gerd Möhlenkamp scheidet Ende April aus Altersgründen aus.

Seine Stelle wird nicht neu besetzt. Stattdessen soll die Verantwortung für den Bereich Sozialpsychiatrie zum amtsärztlichen Dienst des Gesundheitsamtes wechseln, der dann auch für die Steuerungsstelle und die Zentralbegutachtung verantwortlich sein wird.

Nächste Sitzungen

06.06.2012

19.09.2012

12.12.2012

Wolfgang Rust/07.03.2011